

Der Bestand des Netzwerks Friedenssteuer

Zu Geschichte und Konzept der Steuerverweigerung

Steuerverweigerung als Form des zivilen Ungehorsams und gewaltlosen Widerstands hat eine lange Tradition. Der griechische Dichter Aristophanes schreibt bereits im Jahr 411 v. Chr. in seiner Komödie *Lysistrata*: «Nur in Sicherheit brächten wir gern das Geld, nicht verführen es soll euch zum Kriege!» Bekannte Steuerverweigerungen fanden in den USA als Protest gegen den Vietnamkrieg statt. Die Idee, Kriege und Militäreinsätze nicht mit den eigenen Steuergeldern unterstützen zu wollen, ist sowohl traditionsreich als auch international verbreitet.

Das Konzept der Friedenssteuer hat die Umgestaltung des Steuerrechts zum Ziel: Jeder Bürger und jede Bürgerin sollten das Recht haben, Steuern zu verweigern, die zu Kriegszwecken eingesetzt werden sollen. Das Friedenssteuerkonzept schlägt ein Gesetz für eine sogenannte Friedenssteuer oder Zivilsteuer vor. Jede steuerpflichtige Person hätte demnach die Möglichkeit zu wählen, ob ihre entsprechenden Steueranteile in den allgemeinen Zivilhaushalt oder einen Bundesmilitärfonds fließen sollen, aus dem alle Ausgaben für Rüstung und Militär zu finanzieren wären.

Zum Netzwerk Friedenssteuer

Im Jahr 1983 wurde die Friedenssteuer-Initiative von Einzelpersonen aus der Friedensbewegung gegründet. 1991 ging die Initiative schließlich in das «Netzwerk Friedenssteuer» auf und ist seit 2003 ein aus ca. 500 Personen bestehender eingetragener Verein, der deutschlandweit in Regionalgruppen organisiert ist. Außerdem bestehen drei Arbeitsgemeinschaften zu Schwerpunktthemen: die AG Steuern zu Pflugscharen, die für die Überzeugungsarbeit in kirchlichen Dachorganisationen die Verantwortung übernimmt, die AG Gesetzesinitiative und die AG Öffentlichkeitsarbeit. Auf Betreiben der AG Gesetzesinitiative hin wurden zwischen 1986 und 1994 von den Grünen bereits viermal Gesetzesentwürfe für eine Friedenssteuer im Deutschen Bundestag eingereicht, die allerdings nie eine parlamentarische Mehrheit fanden. Seit 2003 wird das Konzept für ein Zivilsteuergesetz entwickelt. Zuletzt wurde dem Bundesverfassungsgericht im Jahr 2009 eine Verfassungsbeschwerde gegen das deutsche Haushaltsgesetz übergeben und anschließend die Kampagne für eine Zivilsteuer ins Leben gerufen.

*Nicht
von meinen
Steuern!*



FSI
Postfach
2008 07
Bonn 2

Abrüstung von unten

Friedenssteuerinitiative

Neben intensiver parlamentarischer Lobbyarbeit ist die symbolische Steuerverweigerung ein weiteres Mittel, das vom Netzwerk eingesetzt wird. Mit der anteiligen Steuerverweigerung aus Gewissensgründen berufen sich die Akteure des Netzwerks Friedenssteuer auf Art. 4 Abs.1 des Grundgesetzes, nach dem die «Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses» unverletzlich sind. Die Tatsache, dass der Wehrdienst aus Gewissensgründen in der Bundesrepublik verweigert werden konnte, nicht aber Militärsteuern, wurde stets kritisiert. Im Rahmen der Proteste gegen den Golfkrieg Anfang der 1990er Jahre und die damit verbundene finanzielle Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten erweckte die Idee der Steuerverweigerung in Deutschland größeres öffentliches Interesse. Die rechtlichen Folgen der Steuerverweigerung – in der Regel Prozesse bei den zuständigen Finanzgerichten – werden von den Akteurinnen und Akteuren bewusst in Kauf genommen. Weltweit gibt es verschiedene Organisationen, die ähnliche Ziele verfolgen. Internationalen Austausch pflegen die Aktivistinnen und Aktivisten beispielsweise bei der seit 1986 alle zwei Jahre an wechselnden Orten stattfindenden «Internationalen Konferenz für Militärsteuerverweigerung und Friedenssteuer-Initiativen». Seit 1996 ist das Netzwerk Friedenssteuer Mitglied der Nichtregierungsorganisation Conscience and Peace Tax International, einem weltweiten Zusammenschluss von Friedenssteuerinitiativen. 1993 erhielt das Netzwerk für sein Engagement den Aachener Friedenspreis.

Zum Bestand des Netzwerks Friedenssteuer im Archiv Grünes Gedächtnis

Der Bestand des Netzwerks Friedenssteuer umfasst gegenwärtig Unterlagen aus über 25 Jahren Arbeit seiner Mitglieder. Die ersten Akten wurden dem Archiv Grünes Gedächtnis im Dezember 2008 übergeben und seitdem durch Nachlieferungen einzelner Mitglieder erweitert.

Der Bestand wurde bei der archivischen Bearbeitung nach der organisatorischen Struktur und den Arbeitsschwerpunkten des Netzwerks sortiert und in fünf Bereiche klassifiziert: Prozessdokumentation, Internationale Konferenzen, Regionen Bayern, Südwest und Berlin, Ökumenische Aktion Steuern zu Pflugscharen, AG Gesetzesinitiative.

Ein wichtiger Bestandteil sind die regionalen Gruppen des Netzwerkes in Bayern, Südwest Deutschland und Berlin, deren Akten dem Archiv übergeben wurden. Von weiteren aktiven regionalen Gruppen ist bisher keine Aktenüberlieferung im Archiv vorhanden.

Die Dokumente der Regionalgruppen ermöglichen einen Einblick in die grundlegende Arbeit und die Arbeitsabläufe des Netzwerkes. So sind beispielsweise Vorstandsunterlagen und Dokumente zur Gründung des Netzwerkes im Jahr 2003 vorhanden. Die Akten enthalten u.a. Protokolle, Papiere zum Selbstverständnis des Netzwerkes, Wirtschaftspläne, thematische Rundbriefe, Pressemitteilungen und Pressedokumentationen. Korrespondenzen sind zu einzelnen Gerichtsverfahren

sowie mit verschiedenen Bundestagsabgeordneten im Bestand, mit denen das Netzwerk hauptsächlich im Zusammenhang mit Gesetzesentwürfen korrespondierte. Ähnliche Dokumente finden sich auch in den Unterlagen der AG Gesetzesinitiative wieder, die allerdings nur mit wenigen Dokumenten im Bestand repräsentiert ist.

Die am umfangreichsten repräsentierte Arbeitsgruppe im Bestand des Netzwerkes ist die Ökumenische Aktion Steuern zu Pflugscharen, mittlerweile «AG Steuern zu Pflugscharen».

Ein Teil der Mitglieder des Netzwerks Friedenssteuer stammte aus dem Umfeld der Kirchen in Deutschland. Angelehnt an den bekannten Leitspruch der Friedensbewegung der 1980er Jahre «Schwerter zu Pflugscharen» wurde die Ökumenische Aktion Steuern zu Pflugscharen im Netzwerk Friedenssteuer vom Essener Berufsschulpfarrer Martin Arnold im Jahr 1985 ins Leben gerufen und bis 1995 geleitet. Die Aktion richtete sich vorrangig an Beschäftigte in Kirchen, die bei ihren Vorgesetzten einen gewissenbegründeten Antrag auf Umwidmung eines Teiles ihrer Steuer stellten. Im Bestand finden sich neben zahlreichen Broschüren zu Friedenssteuerinitiativen auch Sitzungsprotokolle der AG Steuern zu Pflugscharen und Schriftstücke, in denen die Kirche um Unterstützung der Aktion gebeten wird. Die Kirchen zeigten sich bezüglich der Steuerverweigerungen als Arbeitgeber vergleichsweise offen und gesprächsbereit, auch wenn dem Wunsch nach Steuerumwidmung von ihrer Seite aus nie entsprochen wurde. Dennoch wurde die Aktion finanziell von der Kirche unterstützt und innerkirchlich diskutiert. Die Diskussionsergebnisse sind in zwei Dokumenten zusammengefasst, die im Bestand zu finden sind: im Gutachten «Pazifistische Steuerverweigerung und allgemeine Steuerpflicht» der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg von 1992 und in einem Thesenheft der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung von 1997. Auch die Rechtsstreitigkeiten, die als Folge der Steuerverweigerungen zwischen Einzelpersonen und Finanzämtern geführt wurden, befinden sich unter den Dokumenten. Die Akten beinhalten die zum Teil jahrelange Korrespondenz mit Finanzämtern, Rechtsanwälten und Gerichten, außerdem Stellungnahmen zu Steuerverweigerungen und Verfassungsbeschwerden.

Zur Zugänglichkeit

Die Laufzeit des Bestandes reicht von 1981 bis zum Jahr 2008. Die Erschließungs- und Verzeichnungsarbeit ist abgeschlossen. Der Bestand kann bis auf wenige gesperrte Unterlagen genutzt werden. Insgesamt hat das Dokumentenmaterial eine Länge von 3,4 lfm.